



## Wahlen in der Türkei am 24. Juni: Die zentralen Wahlversprechen

von Yunus Ulusoy

**Die türkischen Wähler\*innen können sich am 24. Juni 2018 zwischen sechs Präsidentschaftskandidat\*innen und acht Parteien<sup>1</sup> entscheiden. Das vorliegende ZfTI aktuell gibt einen Überblick über programmatische Unterschiede auf den wesentlichen Politikfeldern Wirtschaft, Soziales und Außenbeziehungen sowie bezüglich des zukünftigen politischen Systems und der türkischen Demokratie.**

Fünf der Parteien sind in zwei Wahlbündnissen organisiert, wobei es sich hier um Zweckbündnisse handelt, um die 10-Prozent-Hürde zu überspringen. Die Bündnisse basieren auf kurzen Protokollen, die nur einige Leitlinien enthalten, aber kaum auf die dahinter stehenden Parteiprogramme schließen lassen.

Bei der Parlamentswahl können die Wähler\*innen entweder direkt für eines der beiden Wahlbündnisse, die „Volksallianz“ von AKP und nationalistischer MHP oder die oppositionelle „Allianz der Nation“ von sozialdemokratischer CHP, konservativ-säkularer İYİ Parti und konservativ-islamischer Saadet Partisi, stimmen oder die jeweiligen Parteien einschließlich der drei nicht in Bündnissen organisierten Listen von prokurdischer HDP und der Splitterparteien Vatan Partisi und Hür Dava Partisi

wählen. Von letzteren hat insbesondere die prokurdische HDP gute Aussichten, allein die 10-Prozent-Hürde zu überspringen.

Insgesamt können sich am 24. Juni rund 60 Mio. Türk\*innen entscheiden, welchem Präsidentschaftskandidaten/welcher Präsidentschaftskandidatin und welcher Partei bzw. welchem Wahlbündnis sie ihre Stimme geben wollen. 3 Mio. dieser Wähler\*innen leben im Ausland<sup>2</sup>, davon knapp die Hälfte in Deutschland und 480.000 in NRW.<sup>3</sup> Von ihrem Wahlrecht haben nun knapp die Hälfte der Wahlberechtigten in Deutschland Gebrauch gemacht.<sup>4</sup>

Entscheidend für die künftige Regierungsbildung ist, angesichts des voraussichtlichen Stimmenpotenzials, das Abschneiden der AKP und ihres Präsidentschaftskandidaten Erdoğan sowie der Oppositionsparteien CHP, İYİ Parti und HDP, weshalb hier die programmatischen Unterschiede zwischen diesen Parteien betrachtet werden.

Die Wahlprogramme der Parteien sind in einem engen Zeitfenster nach der überraschenden Wahlvorverlegung entstanden und wurden jeweils durch die Parteivorsitzenden

öffentlich vorgestellt und sind online verfügbar.

### Demokratiepolitik

Im AKP-Programm existiert ein Abschnitt „Starke Demokratie“, der zunächst die Demokratisierungserfolge der 2000er Jahre herausstellt, vermutlich als Reaktion auf Kritik am nun installierten autoritären System. Die AKP verpflichtet sich im Kapitel „Grundrechte und Freiheiten“ den universellen Menschenrechten, verweist auf die Garantie der Grundrechte und die Stärkung der Meinungs- und Pressefreiheit während ihrer Regierungszeit, sowie auf demokratische Reformen, Null-Toleranz-Politik gegen Folter, die Einführung der Individualverfassungsbeschwerde, die Aufgabe der Assimilationspolitik gegenüber Minderheiten und die Anerkennung der kurdischen Identität. Sie spricht sich zudem für Glaubens- und Bekenntnisfreiheit und individuelle Lebensentwürfe aus, die unter dem Schutz des Rechtsstaates stünden. Insofern sieht sich die AKP dem Prinzip des Laizismus unter Beachtung „türkischer Realitäten“ verpflichtet und sieht das neue Präsidialsystem im Einklang mit diesem Leitbild.<sup>5</sup>

Allerdings geht das Programm an keinem Punkt auf tatsächlich fehlende Rechtsstaatlichkeit und die Aushöhlung der Gewaltenteilung ein und widerspricht diametral den demokratischen Positionen, wie sie zuletzt im Wahlprogramm von 2011 vertreten wurden. Die Widersprüche zwischen Wahlprogramm und Regierungspraxis und zwischen früheren rechtstaatlichen und heutigen autoritären Positionen werden nicht thematisiert. Im Wesentlichen verteidigt das Programm dann die Einführung des Präsidialsystems 2017, mit dem die Gewaltenteilung gewährleistet sei. Die Legislaturperiode sei von vier auf fünf Jahre und die Parlamentsgröße von 550 auf 600 Abge-

ordnete angehoben worden. Durch die längere Amtsdauer des Parlamentes würden Kontrollmöglichkeiten gegenüber der Regierung effektiver.

Die Opposition hingegen sieht die Machtbalance nachhaltig gestört, die CHP bezeichnet das herrschende Regime als „autoritär“.<sup>6</sup>

Das von der AKP behauptete „starke Parlament“ setzt überhaupt eine Unabhängigkeit der Abgeordneten voraus, die das türkische Parteiensystem kaum zulässt, schon gar nicht die AKP. Die Kandidat\*innen der AKP, aber auch der anderen Parteien, werden von der Parteizentrale ausgesucht und im Falle der AKP durch eine kleine Runde unter dem Vorsitz von Erdoğan endgültig auf die Wahlkreislisten verteilt. Im real existierenden AKP-Parlament kann niemand Mitglied werden, der von Erdoğan nicht akzeptiert worden ist. Eine Kontrolle des Präsidenten durch diese Abgeordneten im „starken Parlament“, die Erdoğan unmittelbar ihre politische Karriere verdanken, ist kaum möglich. Vor diesem Hintergrund wollen die Oppositionsparteien die Unabhängigkeit des Parlaments, seine Kontrollrechte und seine Repräsentativität stärken.

Die İYİ-Vorsitzende und Präsidentschaftskandidatin Meral Akşener verspricht, mit der Rückkehr zum parlamentarischen System ab dem ersten Tag ihrer möglichen Präsidentschaft zu beginnen. Muharrem İnce von der CHP geht von einer notwendigen Übergangszeit von zwei Jahren aus, falls er zum Präsidenten gewählt wird. Ob und wann die Opposition einen erneuten Systemwechsel vollziehen würde, hängt von vielen Einflüssen ab, die heute nicht absehbar sind. Möglich wäre auch eine Neujustierung des Präsidialsystems, ohne dieses gänzlich aufzugeben, vor allem, weil die Opposition bei einem gestärkten Parla-

ment eine Regierungsbildung womöglich schwer erreichen kann, wenn die aktuellen Wahlbündnisse keinen Bestand haben sollten.

Die Stärkung der Repräsentativität des Parlaments möchte die CHP über eine Neuregelung der Sperrklausel erreichen, so dass Parteien ab 1 Prozent Stimmenanteil über eine neu einzurichtende türkeiweite Liste ins Parlament einziehen könnten.<sup>7</sup> Die İYİ Parti möchte die derzeit bei 10 Prozent liegende Sperrklausel auf 5 Prozent senken und innerhalb eines Jahres ein neues Wahlgesetz verabschieden, das die parteiinterne Demokratie stärken soll.<sup>8</sup> Die HDP spricht sich für die vollständige Aufhebung der Sperrklausel und eine basisdemokratische Organisation der Parteien aus.<sup>9</sup>

Die CHP setzt sich dafür ein, bei Ermittlungen gegen Abgeordnete auf eine Untersuchungshaft zu verzichten. Aktuell muss HDP-Präsidentschaftskandidat Selahattin Demirtaş Wahlkampf aus dem Gefängnis heraus betreiben. Darüber hinaus möchte die CHP weitere Reformen umsetzen, die den politischen Willensbildungsprozess demokratisieren sollen. Dazu gehören der stärkere Einbezug der Öffentlichkeit in Gesetzgebungsverfahren, eine breite Diskussion von Gesetzgebungsvorhaben unter Einbezug von betroffenen gesellschaftlichen Gruppen und Sachverständigen, eine Reform der Geschäftsordnung des Parlamentes und die Rückgabe der Haushaltskompetenz vom Präsidenten an das Parlament.<sup>10</sup>

Die HDP hingegen fordert eine neue plurale, laizistische, freiheitliche, multilinguale und multireligiöse demokratische Verfassung, die die Gewaltenteilung nachhaltig sichert. Mit dieser Verfassung möchte die HDP die lokale Demokratie, die Zivilgesellschaft, die Geschlechtergerechtigkeit, Ar-

beitnehmer\*innen und den Umwelt- und Ressourcenschutz stärken. Sie steht damit für einen tiefgreifenden Systemwechsel und für eine basisdemokratische Neuordnung des Staates.<sup>11</sup> Allerdings misstrauen weite Teile der Wählerschaft diesem sehr linken Parteiprogramm der HDP und vor allem ihrem Bekenntnis, nicht nur eine kurdische Klientelpartei zu sein. Unabhängig von der Frage, inwieweit sich die Partei tatsächlich von der PKK emanzipieren kann (wovon ihre Wählbarkeit durch breitere Schichten abhängt), fehlt jede Mehrheitsperspektive, ihre Verfassungsvorstellungen umzusetzen. Die Wahlversprechen der HDP dienen in erster Linie dazu, nicht nur kurdische Stammwähler\*innen, sondern auch linke Erdoğan-Gegner\*innen anzusprechen und damit die entscheidenden Stimmen zum Überspringen der 10-Prozent-Hürde zu erringen.

Auch CHP und İYİ Parti versprechen eine neue, freiheitliche Verfassung, jedoch ohne die Aspekte von Dezentralisierung und sozialistischer Basisdemokratie.

### **Wirtschafts- und Sozialpolitik**

Die Vorverlegung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen war eine Reaktion auf sich abzeichnende wirtschaftliche Probleme der Türkei. Noch können Erdoğan und seine AKP hoffen, die ihnen zugeschriebenen wirtschaftlichen Erfolge vergangener Jahre – die in hohen Wachstumsraten, steigenden Einkommen und neuen Arbeitsplätzen zum Ausdruck kamen<sup>12</sup> – noch einmal in Stimmen umzumünzen.

Indessen ist immer schwerer zu übersehen, dass weiteren Wachstumsversprechungen strukturelle Risiken entgegenstehen, zu denen vor allem die Importabhängigkeit<sup>13</sup> der türkischen Wirtschaft gehört. Neben

der aufgrund des Wachstums erhöhten Nachfrage sind die gestiegenen Energiepreise auf den Weltmärkten und die massive Abwertung der türkischen Lira für diese Entwicklung verantwortlich.

Seit der Währungsreform von 2005 hatte sich der Wechselkurs der Türkischen Lira zum US-Dollar bis 2013 relativ stabil gehalten, seit 2014 hat sich der Wert der Lira aber nahezu halbiert. Eine analoge Entwicklung vollzog sich gegenüber dem Euro. Die gestiegenen Energiepreise und der Wertverfall der Lira haben bereits zu einem erheblichen Anstieg der Verbraucherpreise

der Türkei bereits Jahre zurückliegen, was als Hinweis darauf gedeutet werden kann, dass die Wirtschaftspolitik der Regierung in Wirklichkeit nicht so nachhaltig ist wie behauptet. Die extrem niedrigen US-Leitzinsen der letzten Jahre haben volatile Portfolioinvestitionen in Schwellenländer wie die Türkei geleitet, wo kurzfristige Spekulationsgewinne zu erzielen waren. Damit konnte die Türkei ihr Leistungsbilanzdefizit lange, aber nicht dauerhaft, ausgleichen. Auch die boomende Bauwirtschaft mit vielen Infrastrukturinvestitionen förderte das Wirtschaftswachstum. Zugleich wurden die strukturellen Probleme der türkischen Wirtschaft, insbesondere ihre Importabhängigkeit

**Tabelle 1: Entwicklung des Außenhandels der Türkei<sup>14</sup>**

Jahr	Importe in Mrd. US-\$	Exporte in Mrd. US-\$	Außenhandelsdefizit in Mrd. US-\$
2002	51,6	36,0	15,6
2006	139,6	85,5	54,1
2010	185,5	113,9	71,6
2014	242,2	157,6	84,6
2017	233,8	157,0	76,8
Jan-Apr. 2018	82,4	55,0	27,4

und ihr geringes Innovations- und Technologieniveau, nicht nachhaltig angegangen, und auch die Programme der Parteien zu den bevorstehenden Wahlen nähren Zweifel an einer zukünftigen Reformpolitik.

Mit ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik konnten die AKP und Erdoğan beim Wähler in der Vergangenheit

geführt. Die Inflationsrate liegt mit 12,2% auf dem höchsten Niveau seit 2004. Es ist davon auszugehen, dass der Preisanstieg nach den Wahlen zusätzlich an Fahrt gewinnen wird, weil teure Wahlgeschenke der Regierung refinanziert und zurückgehaltene Energiepreiserhöhungen an die Verbraucher\*innen weitergegeben werden.<sup>15</sup>

Zudem droht der kreditfinanzierten Wirtschaft eine Überhitzung – eine Gefahr, die durch die Herabstufung der Kreditwürdigkeit durch die Rating-Agentur S&P Anfang Mai 2018 auf BB-Niveau weiter wächst.<sup>16</sup>

Bemerkenswert ist, dass die wesentlichen Steigerungen der Pro-Kopf-Einkommen in

deutlich punkten. Daher werden frühere wirtschaftliche Erfolge betont und aktuelle Probleme der türkischen Wirtschaft relativiert. Die AKP verspricht, die Inflationsrate wieder in den einstelligen Bereich zu bringen, das Leistungsbilanzdefizit auszugleichen, Haushaltsdisziplin zu üben, zugleich aber auch die Infrastrukturinvestitionen zu erhöhen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Sie betont eine wirtschaftsliberale Ordnungspolitik unter der Maxime „Privat vor Staat“, wozu u.a. ein wirtschaftsfreundliches Investitionsklima, die KMU-Förderung, die Konzentration der öffentlichen Hand auf Investitionen der Grundversorgung und nicht zuletzt verläss-

Abbildung 1: Wirtschaftswachstum, Inflationsrate und Wechselkursentwicklung

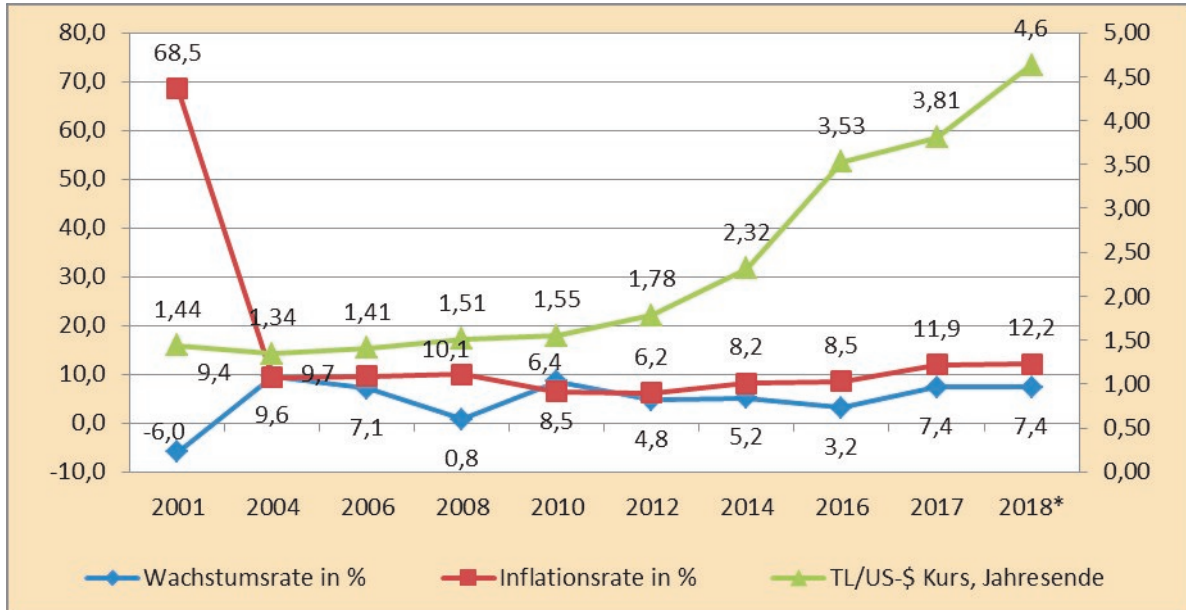
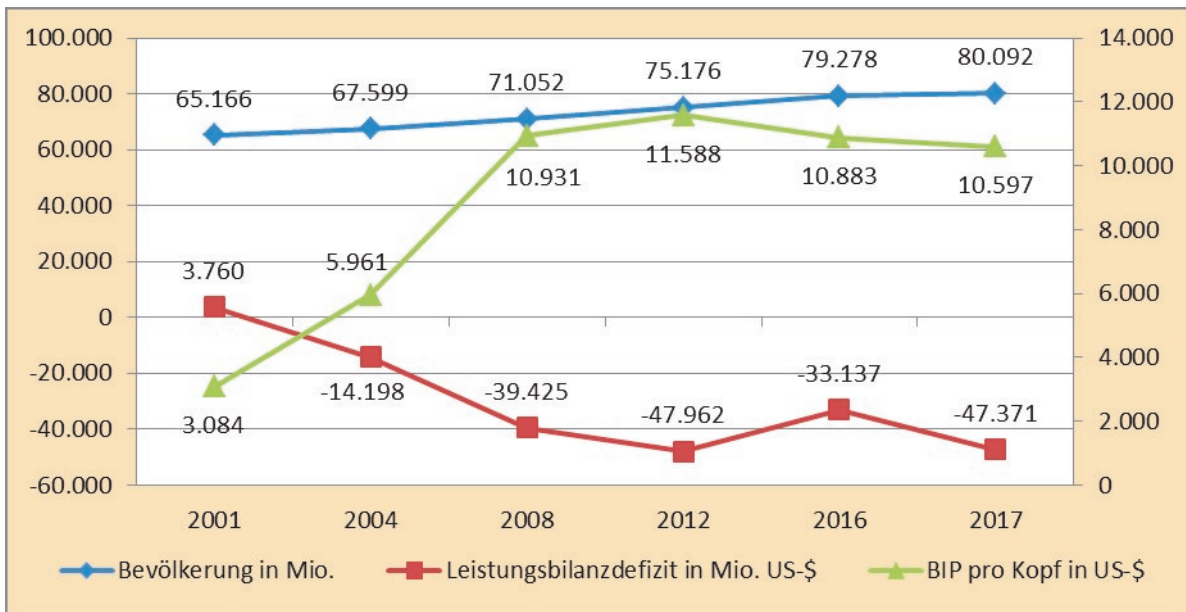


Abbildung 2: Entwicklung der Bevölkerung, des Pro-Kopf Einkommens und des Leistungsbilanzdefizits



liche politische Rahmenbedingungen gehören.<sup>17</sup>

In der Sozialpolitik hat die AKP bereits vor den Wahlen populistisch anmutende Geschenke u.a. an Rentner\*innen, Soldaten, Arbeitnehmer\*innen und Bauern verteilt sowie die Legalisierung von rechtswidrig errichteten Bauten und Erleichterungen bei Steuer- und Sozialabgabenverbindlichkeiten in Angriff genommen. Diese Wahlgeschenke sollen einem Finanzvolumen von über 5 Mrd. Euro entsprechen.<sup>18</sup> Eine Ge-

genfinanzierung erhofft sich die Regierung aufgrund der neuen Anreize zur Begleichung von Steuerschulden, der Gebühren für die Legalisierung von Bauten, durch Bürokratieabbau und die Schließung von Steuerschlupflöchern.<sup>19</sup> Darüber hinausgehende detaillierte Reformvorschläge und Maßnahmen gegen die strukturellen Probleme der türkischen Wirtschaft fehlen indes.

Von dem pragmatischen Wirtschaftskurs Erdogans der ersten Jahre, dem nicht zu-

Am Ende der wirtschaftlichen Aufschwung Anfang des Jahrtausends geschuldet war, ist nicht viel übrig geblieben. Gegenwärtig dienen eine religiös-nationalistisch konnotierte Ideologie und imaginierte äußere Bedrohungsszenarien dazu, Probleme zu externalisieren und damit von der eigenen Verantwortung abzulenken. Die Medienmacht der AKP hilft bei der Verbreitung dieser Sicht und dabei, Erdoğan als „Heilsbringer“ zu inszenieren. Angesprochen wird dabei nach wie vor eine konservative Mittelschicht, die ihren Aufstieg der AKP verdankt. Zugleich bindet eine gesellschaftliche Spaltungspolitik diese Milieus enger an die AKP und ihren Präsidenten im Sinne einer „Schicksalsgemeinschaft“. Diese Strategie mag zu Erdoğan's Machterhalt beitragen, bedeutet aber eine sehr problematische Perspektive für die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei.

Auch die Oppositionsparteien beteiligen sich allerdings in der Wirtschafts- und Sozialpolitik an populistisch anmutenden Versprechungen. Sie setzen auf Verteilungsgerechtigkeit, wobei die HDP hier besonders weit geht. Sie verspricht eine starke Erhöhung des Mindestlohns und der Mindestrente, will hohe Einkommen deutlich stärker besteuern sowie ein staatlich garantiertes Grundeinkommen einführen. Alle drei Parteien des Oppositionsbündnisses wollen die Besteuerung des Mindestlohns aufheben. Die CHP verspricht beim Mindestlohn eine – moderatere – Erhöhung und zweimalige jährliche Anpassung. Zudem sollen Rentner\*innen eine Gratifikation in Höhe ihrer Monatsrente jeweils zum Ramadan- und zum Opferfest erhalten. Perspektivisch zielen CHP und İYİ Parti darauf ab, das Pro-Kopf-Einkommen von gegenwärtig rund 10.000 US-Dollar auf über

15.000 US-Dollar anzuheben. Die CHP will die Inflationsrate und die Arbeitslosenquote je unter 5 Prozent und das Leistungsbilanzdefizit unter 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts drücken. Die İYİ Parti verspricht zudem rund 4 Mio. überschuldeten Menschen, ihre Kreditkartenverbindlichkeiten im Rahmen eines zu errichtenden Fonds zu tilgen. Die monetären Wahlversprechungen der Opposition sind noch deutlich größer als die der AKP, und ihre Gegenfinanzierung beruht noch stärker auf dem „Prinzip Hoffnung“.

Gemeinsam ist den Parteien des Oppositionsbündnisses, dass sie einen funktionierenden Rechtsstaat und eine effektive Gewaltenteilung auch als wichtige Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Entwicklung sehen, so dass CHP und İYİ Parti die Unabhängigkeit der Zentralbank stärken wollen. Beide Parteien könnten in der Wirtschaftspolitik ansonsten aber eher mit der AKP zusammengehen als mit der HDP, die ein quasi sozialistisches Gegenmodell mit Elementen der Rätewirtschaft propagiert.

### **Außenpolitik**

Zu Beginn der AKP-Regierungszeit orientierte sich die Außenpolitik noch an den Leitlinien der „alten“, westlich orientierten Eliten der Türkei. Es wurde zeitweise eine enge Anbindung an die EU über den Beitrittskandidatenstatus erreicht, und man unterhielt eine enge strategische Allianz mit den USA und auch mit Israel. Die Türkei galt damals aufgrund ihrer demokratischen Reformen als Modell für den Nahen Osten und als politisch-kulturelle Brücke zwischen Ost und West. Die vom damaligen Außenminister Davutoğlu verfolgte Politik sollte alle Konflikte mit Nachbarländern einvernehmlich beenden. Doch spätestens mit dem Beginn des „Arabischen Frühlings“

vollzog das Tandem Erdoğan-Davutoğlu eine strategische Neuausrichtung und versuchte nun, das Machtvakuum in den Nachbarländern zu nutzen und die Türkei als Regionalmacht mit offen formulierten Ansprüchen zu etablieren.

Das Wahlprogramm der AKP nennt als Leitmotive der Außenpolitik Unabhängigkeit, „proaktives“ Handeln und gleichzeitig Multilateralismus und Orientierung an nationalen Interessen. Dabei verweist die Partei auf Werte wie Güte, Barmherzigkeit und Gerechtigkeit, auf deren Grundlage der internationale Einfluss der Türkei wachsen soll. Die Partei verspricht, am Beitrittsprozess zur EU festzuhalten und sieht ihre neuen außenpolitischen Prioritäten nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zu diesem Prozess. Ebenso sollen die Verwerfungen mit den USA überwunden werden, um sie zu einem Einlenken im Hinblick auf die Auslieferung Fethullah Gülens und zur Beendigung der Unterstützung der in Nordsyrien agierenden kurdischen Milizen (YPG) zu bewegen.<sup>20</sup> Dabei besteht inzwischen bereits eine Abmachung mit den USA, die es der Türkei erlaubt, Militärbasen der PKK im Nordirak anzugreifen.

Allerdings hat jedes Vorgehen der Türkei gegen kurdische Autonomiebestrebungen im Ausland auch innenpolitische Folgen und polarisiert die Bevölkerung. Erdoğan betont die Terrorgefahr durch die PKK und die Milizen und versucht, zumindest konservativ-religiöse Kurd\*innen anzusprechen. Allerdings konkurriert er nicht nur mit der HDP um kurdische Stimmen, sondern nunmehr auch mit der CHP. Letztere spricht sich gegen eine Reduzierung der Kurdenpolitik auf Sicherheitsaspekte aus und stellt einen umfassenden Friedensprozess unter Federführung des Parlaments in

Aussicht.

Die CHP formuliert in ihrem Wahlprogramm vier außenpolitische Leitlinien: Wahrung der Interessen der Bürger\*innen, Beachtung internationalen Rechts, wertorientiertes und integrativ wirkendes internationales Handeln sowie Verlässlichkeit und Berechenbarkeit für die Nachbarländer. Die Normalisierung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten, wie auch zum Westen und zur EU, gehört zu den außenpolitischen Schwerpunkten. Insbesondere soll der europäische Integrationsprozess vorangetrieben werden; dabei soll die Türkei mit Reformen in Vorleistung treten, auch ohne auf die Eröffnung neuer Verhandlungskapitel zu warten.<sup>21</sup> Demgegenüber betont das Programm der İYİ Parti das nationale Interesse stärker, weist aber auch eine deutliche proeuropäische Orientierung auf.<sup>22</sup>

Das außenpolitische Programm der HDP unterscheidet sich von dem der anderen Parteien deutlich aufgrund der Dominanz kurdischer Interessen. Sie spricht sich für die sofortige Beendigung von Militäroperationen und anderen Maßnahmen in den kurdischen Gebieten innerhalb und außerhalb der Türkei und gegen die Unterdrückung kurdischer Autonomiebestrebungen in Nordsyrien aus. Auch die HDP möchte den europäischen Integrationsprozess wieder beleben.<sup>23</sup>

Gemeinsam ist den Oppositionsparteien, dass sie den durch die AKP-Außenpolitik verursachten Verwerfungen durch eine stärkere regionale und internationale Zusammenarbeit begegnen wollen. Dem steht die von vermeintlichen nationalen Interessen und Ideologie geleitete Außenpolitik der AKP gegenüber, die Feindbilder und Verschwörungstheorien bedient. Die

AKP setzt rhetorisch auf eine starke, neue und selbstbewusste Türkei, die Opposition auf Frieden und Kooperation.

### **Ausblick**

Politik und Wahlkampf sind in der Türkei in hohem Maße personalisiert. Die Parteien erscheinen mitunter als Instrumente, die in erster Linie den Erfolg der Parteiführung gewährleisten sollen. Der Personenkult um die zentralen politischen Figuren ist dabei in der AKP am ausgeprägtesten. Inwiefern dahinter stehende Wahlprogramme die Entscheidung der Wähler\*innen beeinflussen – oder überhaupt bekannt sind – ist ungewiss. Selbst viele Parlamentskandidat\*innen dürften das Wahlprogramm ihrer Partei nicht gelesen haben.

Entscheidend für die Wahl wird daher die Haltung gegenüber Personen, insbesonde-

re Erdoğan, sein, nicht das Wahlprogramm der einen oder anderen Partei. Die HDP dürfte auch deshalb – trotz ihres durchaus eigenwilligen Programms – den Wiedereinzug ins Parlament schaffen, weil sie Leihstimmen aus dem Lager der Erdoğan-Gegner erhalten wird, um sie über die Sperrklausel zu hieven und zumindest eine absolute Mehrheit der AKP im Parlament zu verhindern.

Am 24. Juni entscheiden die Wähler\*innen, ob sie die Zukunft der Türkei weiter Erdoğan anvertrauen und ihn am 100. Gründungstag der Atatürkschen Republik an der Spitze des Staates sehen wollen. Wenn nicht, dürfte der CHP-Herausforderer Ince in der Präsidentschafts-Stichwahl am 8. Juli siegen. Und das wäre ein politisches Erdbeben für die Erdoğan-Anhänger, während der andere Teil der türkischen Gesellschaft aufatmen würde. ●



## Endnoten

1. Der Hohe Wahlrat hatte am 22. April zehn Parteien zur Parlamentswahl zugelassen, wobei zwei Splitterparteien – die nationalistisch-islamistische BBP und die konservative DP– schließlich nicht antraten. Einzelne Kandidat\*innen der BBP sind nun auf der Liste der AKP, Kandidat\*innen der DP auf der Liste der İYİ Parti platziert.
2. Türk\*innen, die im Ausland leben, konnten zwischen dem 7. und 19. Juni in 60 Ländern und 123 Wahllokalen abstimmen. Zudem haben sie die Möglichkeit, ihre Stimme zwischen dem 07. und dem 24. Juni an 34 Grenzübergängen abzugeben.
3. Quelle: Anfrage beim türkischen Generalkonsulat in Essen am 7. Juni 2018.
4. URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-06/wahlen-tuerkei-tuerkische-waehler-deutschland-essen>, Stand 20.06.18.
5. AKP-Wahlprogramm, S. 24ff.
6. CHP-Wahlprogramm der CHP, S. 31ff.
7. CHP-Wahlprogramm, S. 38. Bisher werden die Abgeordneten direkt in den jeweiligen Wahlkreisen gewählt.
8. İYİ Parti-Wahlprogramm, S. 15.
9. HDP-Wahlprogramm, S. 22.
10. CHP-Wahlprogramm, S. 36f.
11. HDP-Wahlprogramm, S. 7.
12. URL: <http://www.haberturk.com/tv/ekonomi/haber/2003509-mehmet-simsek-partilerin-secim-vaatlerin-maliyetini-acikladi>, Stand 12.06.2018
13. So sind in den ersten vier Monaten des Jahres 2018 die Exporte um 8,6%, aber die Importe um 20,8% angestiegen.
14. Tabelle 1 sowie Abbildung 1 und 2 beruhen auf Angaben der Generaldirektion für Budget- und Finanzkontrolle; URL: <http://www.bumko.gov.tr/TR,7044/temel-ekonomik-buyuklukler-2000-2018.html>, Stand 14.06.2018
15. Wirtschaftswachstum: Stand 1. Quartal 2018, Inflationsrate Mai 2018, Wechselkurs 13.06.2018
16. Die Abwertung der Lira hat allerdings einen positiven Effekt auf den Tourismus, wodurch Devisen für Importe zur Verfügung stehen und damit das Leistungsbilanzdefizit gesenkt werden kann. Ein Urlaub in der Türkei ist für Touristen aus dem EU-Raum gegenüber dem Vorjahr um bis zu 50 Prozent billiger geworden. Im ersten Quartal 2018 kamen 50% mehr Touristen ins Land. Die Tourismuseinnahmen stiegen um 31%.
17. Germany Trade Invest (GTAI), Wirtschaftsausblick November 2017 und Juni 2018 – Türkei
18. AKP-Wahlprogramm, S. 140ff.
19. URL: <http://www.haberturk.com/tv/ekonomi/haber/2003509-mehmet-simsek-partilerin-secim-vaatlerin-maliyetini-acikladi>, Stand 12.06.18.
20. Bereits in den ersten fünf Monaten dieses Jahres wuchs das Haushaltsdefizit, trotz steigender Einnahmen, aufgrund der großzügigen Ausgabenpolitik von 11,5 Mrd. TL um 78 Prozent auf 20,5 TL (umgerechnet rund 3,7 Mrd. Euro). Die Regierung geht jedoch immer noch davon aus, dass sie zum Jahresende einen ausgeglichenen Staatshaushalt vorweisen kann. Siehe URL: <http://www.bumko.gov.tr/TR,8355/mayis.html>
21. AKP-Wahlprogramm, S. 287ff.
22. CHP-Wahlprogramm, S. 118ff.
23. İYİ Parti-Wahlprogramm, S. 42ff.
24. HDP-Wahlprogramm, S. 64ff.

**Verfasser:****Yunus Ulusoy**

0201/3198-105—ulusoy@zfti.de

Altendorfer Str. 3, 45127 Essen

[www.zfti.de](http://www.zfti.de)

Das ZfTI ist eine Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen

**Vorsitzender des Stiftungskuratoriums**

Stellv. Ministerpräsident Dr. Joachim Stamp

**Institutsvorstand****Wolfram Kuschke**, Staatsminister a.D.,

Vorsitzender

**Thomas Kufen**, Oberbürgermeister der Stadt

Essen, stellv. Vorsitzender

**Prof. Dr. Andreas Blätte**, Universität Duisburg-Essen**Institutsleitung**

Prof. Dr. Hacı-Halil Uslucan

apl. Prof. Dr. Dirk Halm (stellv. Leiter)